

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 13. Dezember 2023 folgendes Gesetz beschlossen:

G e s e t z
zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die
Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024
(Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 - GFG 2024)

Gesetz
zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die
Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024
(Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 - GFG 2024)

Inhaltsübersicht

Teil 1
Grundlagen

§ 1 Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

Teil 2
Steuerverbund

- § 2 Ermittlung der Finanzausgleichsmasse
- § 3 Vorwegabzug, Voraberhöhung
- § 4 Aufteilung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse
- § 5 Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen
- § 6 Aufteilung der Schlüsselmasse
- § 7 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden
- § 8 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden
- § 9 Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden
- § 10 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise
- § 11 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise und die Städtereion Aachen
- § 12 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise und die Städtereion Aachen
- § 13 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände
- § 14 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 15 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 16 Investitionspauschalen, Aufwands- und Unterhaltungspauschale, Klima- und Forstpauschale
- § 17 Schul- und Bildungspauschale
- § 18 Sportpauschale
- § 19 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer Belastungssituationen

Teil 3
Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes

- § 20 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs
- § 21 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011
- § 22 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

Teil 4
Umlagegrundlagen, Umlagen

- § 23 Umlagegrundlagen für Schlüsselzuweisungen
- § 24 Kreisumlage
- § 25 Landschaftsumlage
- § 26 Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr

Teil 5 Gemeinsame Vorschriften und Verfahren

- | | |
|------|---|
| § 27 | Grundlagen für die Erhebung und die Anwendung von Daten zur Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund |
| § 28 | Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund |
| § 29 | Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund |
| § 30 | Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes |
| § 31 | Abschlagszahlungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 |
| § 32 | Förderungsgrundsätze für zweckgebundene Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes |
| § 33 | Kürzungsermächtigung |

Teil 6 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- | | |
|------|---------------------------------|
| § 34 | Inkrafttreten, Außerkrafttreten |
|------|---------------------------------|

Anlagen

- | | |
|-----------------|--|
| Anlage 1 | Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2024 |
| Anlage 2 | Hauptansatzstaffel |
| Anlage 3 | Bevölkerung in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Stichtagen 31. Dezember 2020, 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2022 |

Teil 1 Grundlagen

§ 1 Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

- (1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten vom Land im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Erträge allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.
- (3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten einen Anteil am Steueraufkommen des Landes (Steuerverbund) gemäß den §§ 2 bis 19.
- (4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten ferner Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes gemäß den §§ 20 und 21 sowie nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes gemäß § 22.
- (5) Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuwendungen auf Grund besonderer Gesetze gewährt werden, bleiben diese unberührt.

(6) Gemeindeverbände im Sinne dieses Gesetzes sind die Kreise, die Landschaftsverbände und die Städteregion Aachen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 des Städteregion Aachen Gesetzes vom 26. Februar 2008 (GV. NRW. S. 162), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 698) geändert worden ist. Soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist, gelten für die Städteregion Aachen die Regelungen für Kreise und für die regionsangehörigen Gemeinden gemäß § 4 Absatz 1 Satz 3 und § 5 des Städteregion Aachen Gesetzes die Regelungen für kreisangehörige Gemeinden.

Teil 2 Steuerverbund

§ 2 Ermittlung der Finanzausgleichsmasse

(1) Das Land stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 23 Prozent (Verbundsatz) seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftsteuern) zur Verfügung. Ferner beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe des Verbundsatzes an vier Siebteln seiner Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer.

(2) Der Berechnung nach Absatz 1 liegt das Ist-Aufkommen der jeweiligen Steuer im Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (Verbundzeitraum) zugrunde. Dabei wird das insgesamt im Verbundzeitraum ermittelte Ist-Aufkommen

1. erhöht oder vermindert um die Einnahmen oder Ausgaben des Landes im Länderfinanzausgleich nach den Vorschriften des zweiten Abschnitts des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956) in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung und aus den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes,
2. vermindert um den zur Kompensation an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs in § 1 des Finanzausgleichsgesetzes enthaltenen Betrages,
3. erhöht um den als interkommunalen Entlastungsausgleich zugunsten der Kommunen der neuen Länder enthaltenen Anteil des Landes am Minderaufkommen der Umsatzsteuer nach den §§ 1 und 11 des Finanzausgleichsgesetzes, Artikel 2 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2142),
4. vermindert um den als Kompensationsleistung für Einnahmeausfälle des Landes aus der Spielbankabgabe erhaltenen Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I S. 1402),
5. vermindert um den als Beteiligung des Bundes zur Aufgabenerfüllung im Bereich der Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege erhaltenen Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 des Kinderförderungsgesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403) und in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 250),
6. vermindert um den zur Kompensation an die Gemeinden für Verluste durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131) ausgezahlten Betrag nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 13 des Steuervereinfachungsgesetzes 2011,

7. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer für Asylbewerber und Flüchtlinge nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 8 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) und in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze
8. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Entlastung der Kommunen über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen,
9. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund als anteiliger Festbetrag von 2 600 000 000 Euro über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122),
10. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696) und in Verbindung mit Artikel 2 des Kita-Qualitätsgesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2791),
11. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund im Rahmen des Paktes für den Rechtsstaat zur Verbesserung der Personalausstattung der Justiz über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze,
12. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst zur personellen Aufstockung, Modernisierung und Vernetzung der deutschen Gesundheitsämter über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze,
13. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021 und 2022“ und die damit verbundenen zusätzlichen finanziellen Lasten der Länder über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2931),
14. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund für Mehraufwendungen von Flüchtlingen aus der Ukraine gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 des Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) und
15. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, die vom Bund an die Länder für ihre Ausgaben im Zusammenhang mit Geflüchteten über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze.

(3) Die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse nach den Absätzen 1 und 2 sowie § 3 ergibt sich aus der Anlage 1 zu diesem Gesetz.

§ 3

Vorwegabzug, Voraberhöhung

(1) Von der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden für die im Haushaltsjahr 2024 vom Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichtenden Tantiemen Mittel in Höhe von 9 071 000 Euro abgezogen.

(2) Der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden 215 000 000 Euro hinzugerechnet, die dem im Mehraufkommen des Landes an der Umsatzsteuer im Jahr 2024 enthaltenen Betrag entsprechen, der vom Bund nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gewährt wird.

(3) Von der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden Mittel in Höhe von 29 836 000 Euro zur Rückführung der im Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 vom 17. Dezember 2020 (GV. NRW. S. 1241) und im Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 vom 17. Dezember 2021 (GV. NRW S. 1511) kreditierten Beträge abgezogen.

§ 4

Aufteilung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse

Die sich aus den Berechnungen nach den §§ 2 und 3 ergebende verteilbare Finanzausgleichsmasse wird auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Klima- und Forstpauschale sowie Aufwands- und Unterhaltungspauschale, fachbezogene Sonderpauschalen und Bedarfzuweisungen aufgeteilt.

§ 5

Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen

(1) Die Gemeinden und die Gemeindeverbände erhalten Schlüsselzuweisungen, deren Höhe sich für die einzelne Gebietskörperschaft nach ihrem Finanzbedarf und nach ihrer Steuer- oder Umlagekraft bemisst. Neben der Bevölkerungszahl werden für die Bedarfsermittlung

1. die Trägerschaft von Schulen,
2. die Soziallasten,
3. die Zentralitätsfunktion und
4. das Verhältnis von Fläche und Bevölkerungszahl

berücksichtigt.

(2) Die Schlüsselzuweisung wird aus der Gegenüberstellung einer Ausgangsmesszahl gemäß den §§ 8, 11 und 14 und einer Steuerkraftmesszahl gemäß § 9 oder einer Umlagekraftmesszahl gemäß den §§ 12 und 15 berechnet.

§ 6 Aufteilung der Schlüsselmasse

Für Schlüsselzuweisungen wird insgesamt ein Betrag von 12 891 815 400 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird aufgeteilt auf die Schlüsselmasse für

- | | |
|----------------------------|------------------------|
| 1. Gemeinden mit | 10 119 360 100 Euro, |
| 2. Kreise mit | 1 508 178 500 Euro und |
| 3. Landschaftsverbände mit | 1 264 276 800 Euro. |

§ 7 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden

(1) Jede Gemeinde erhält als Schlüsselzuweisung 90 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 8 und der maßgeblichen Steuerkraftmesszahl gemäß § 9.

(2) Erreicht oder überschreitet die Steuerkraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält die Gemeinde keine Schlüsselzuweisung.

§ 8 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden

(1) Die Ausgangsmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem der Gesamtansatz mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz unter Berücksichtigung von Bevölkerungsveränderungen, dem Beschulthenansatz, dem Soziallastenansatz, dem Zentralitätsansatz und dem Flächenansatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz wird den Gemeinden nach der relevanten Bevölkerungszahl gewährt. Zur Ermittlung und Festsetzung der relevanten Bevölkerungszahl wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach § 27 Absatz 3 Satz 1 mit der durchschnittlichen Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach § 27 Absatz 3 Satz 2 verglichen. Der höhere Wert wird angesetzt. Für die Berücksichtigung im Hauptansatz wird dieser Wert nach der Gemeindegröße gewichtet (Hauptansatzstaffel - Anlage 2). Liegt die Bevölkerungszahl einer Gemeinde zwischen zwei Stufen der Staffellose, so wird der Prozentsatz mit den dazwischenliegenden Werten angesetzt. Der Prozentsatz wird auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

(4) Der Beschulthenansatz wird den Gemeinden für jeden erfassten Beschulthen nach § 27 Absatz 5 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt. Für die Berücksichtigung wird die Zahl der Beschulthen gewichtet nach

1. Langtagsbeschulthen mit 3,0 und
2. Kurztagsbeschulthen mit 0,97.

Soweit Zweckverbände Schulträger sind, werden die Beschulthen den dem Zweckverband angehörenden Gemeinden entsprechend dem Anteil an der Verbandsumlage zugerechnet. Erfolgt die Übertragung der Schulträgerschaft durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung, werden die Beschulthen den beteiligten Kommunen entsprechend dem in dieser Vereinbarung geregelten Finanzierungsanteil zugerechnet. Der Beschulthenansatz wird den Städten Düren und Gütersloh zur Hälfte auch für Schülerinnen und Schüler gewährt, die die Stiftischen Gymnasien in diesen Gemeinden besuchen.

(5) Der Soziallastenansatz wird den Gemeinden für die erfassten Bedarfsgemeinschaften im Sinne von § 7 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 217) geändert worden ist, nach § 27 Absatz 6 gewährt. Für die Berücksichtigung im Soziallastenansatz wird die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit 20,53 multipliziert.

(6) Der Zentralitätsansatz wird den Gemeinden für die erfassten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach § 27 Absatz 7 gewährt. Für die Berücksichtigung im Zentralitätsansatz wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 1,02 multipliziert.

(7) Der Flächenansatz wird den Gemeinden gewährt, die eine über dem Landesdurchschnitt liegende Gebietsfläche pro Einwohnerin und Einwohner aufweisen. Dieser Flächenanteil einer Gemeinde wird mit 0,21 multipliziert. Landesdurchschnitt ist das arithmetische Mittel aus der Gesamtheit der gemeindlichen Fläche-Bevölkerung-Relationen. Bei der Ermittlung des Flächenansatzes werden die maßgebliche Gebietsfläche einer Gemeinde nach § 27 Absatz 9 und die Bevölkerungszahl einer Gemeinde nach § 27 Absatz 3 Satz 1 berücksichtigt.

§ 9

Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden

(1) Die Steuerkraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer, der Grundsteuern, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer abzüglich der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage in der Referenzperiode nach § 27 Absatz 8.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt

1. bei der Gewerbesteuer das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 436 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 416 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
2. bei der Grundsteuer A das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 243 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 259 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
3. bei der Grundsteuer B das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 530 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 501 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
4. bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ist-Aufkommen in der Referenzperiode
 - a) zuzüglich der in der Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum angefallenen Abrechnungsbeträge und
 - b) zuzüglich der in der Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste im Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011,
5. bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer das Ist-Aufkommen in der Referenzperiode und

6. bei der Gewerbesteuerumlage das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit den im ersten Halbjahr der Referenzperiode festgesetzten Vervielfältigern für die Gewerbesteuerumlage zuzüglich des Ist-Aufkommens im zweiten Halbjahr der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode festgesetzten Vervielfältigern für die Gewerbesteuerumlage.

§ 10

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise

- (1) Jeder Kreis erhält als Schlüsselzuweisung den Unterschiedsbetrag zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 11 und der maßgeblichen Umlagekraftmesszahl gemäß § 12.
- (2) Erreicht oder überschreitet die Umlagekraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält der Kreis keine Schlüsselzuweisung.

§ 11

Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen

- (1) Die Ausgangsmesszahl eines Kreises wird ermittelt, indem der Gesamtansatz mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.
- (2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz und dem Beschuldenansatz gebildet.
- (3) Der Hauptansatz der Kreise entspricht der Bevölkerungszahl im Kreis nach § 27 Absatz 3 Satz 1. Der Hauptansatz der Städteregion Aachen entspricht der Bevölkerungszahl in der Städteregion Aachen ohne die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Aachen jeweils nach § 27 Absatz 3 Satz 1.
- (4) Der Beschuldenansatz wird den Kreisen für jede gemeldete Beschulte oder jeden gemeldeten Beschulden nach § 27 Absatz 5 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt. Die Regelung in § 8 Absatz 4 gilt entsprechend. Bevor der so ermittelte Wert in den Gesamtansatz einfließt, wird dieser Wert mit dem Kreisfaktor vervielfältigt. Das für Kommunales zuständige Ministerium setzt den Kreisfaktor fest.

§ 12

Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen

Die Umlagekraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der mit einem einheitlichen Umlagesatz von 33,77 Prozent vervielfältigten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 1 und 2.

§ 13

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände

- (1) Jeder Landschaftsverband erhält als Schlüsselzuweisung den Unterschiedsbetrag zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 14 und der maßgeblichen Umlagekraftmesszahl gemäß § 15.
- (2) Erreicht oder überschreitet die Umlagekraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält der Landschaftsverband keine Schlüsselzuweisung.

§ 14

Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände

Die Ausgangsmesszahl eines Landschaftsverbandes wird ermittelt, indem die maßgebliche Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.

§ 15

Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände

Die Umlagekraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der mit einem einheitlichen Umlagesatz von 14,38 Prozent vervielfältigten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 3.

§ 16

Investitionspauschalen, Aufwands- und Unterhaltungspauschale, Klima- und Forstpauschale

(1) Zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus, für weitere Unterhaltungsaufwendungen der Gemeinden sowie zur Wiederherstellung der kommunalen Waldinfrastruktur als Beitrag zum Klimaschutz stehen Mittel in Höhe von 1 497 636 300 Euro bereit.

(2) Nach Abzug eines Betrages für die Aufwands- und Unterhaltungspauschale nach Absatz 6 in Höhe von 170 000 000 Euro und für die Klima- und Forstpauschale nach Absatz 7 in Höhe von 10 000 000 Euro verbleibt für Investitionspauschalen nach den Absätzen 3 bis 5 ein verteilter Betrag in Höhe von 1 317 636 300 Euro. Die Zuweisungen aus diesen Investitionspauschalen und den in den §§ 17 und 18 geregelten Sonderpauschalen sind gegenseitig deckungsfähig.

(3) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden den Gemeinden 1 112 572 700 Euro für investive Maßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Investitionspauschale zur Verfügung gestellt. Davon werden sieben Zehntel nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 und drei Zehntel nach der maßgeblichen Gebietsfläche nach § 27 Absatz 9 verteilt.

(4) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden 111 549 000 Euro für eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt, die in erster Linie für Maßnahmen zur Verbesserung der Altenhilfe und -pflege einzusetzen ist. Dieser Betrag wird auf die kreisfreien Städte und Kreise nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre nach § 27 Absatz 4 verteilt.

(5) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden 93 514 600 Euro für eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt, die in erster Linie für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe einzusetzen ist. Dieser Betrag wird auf die Landschaftsverbände nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 verteilt. Die Mittel dieser Pauschale können zu Gunsten des in § 19 Absatz 2 Nummer 3 erfassten Sonderbedarfs für die landschaftliche Kulturpflege für deckungsfähig erklärt werden.

(6) Zur Unterstützung von Aufwendungen zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus sowie für weitere Unterhaltungsaufwendungen wird ein Betrag in Höhe von 170 000 000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird als Pauschale jeweils zur Hälfte nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1 und nach der maßgeblichen Gebietsfläche gemäß § 27 Absatz 9 verteilt. Die Mittel werden als allgemeine Deckungsmittel bereitgestellt.

(7) Zur Unterstützung der Gemeinden bei der Wiederherstellung der kommunalen Waldinfrastruktur, der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im Wald und bei der Beseitigung und Bekämpfung von Kalamitäten wird ein Betrag in Höhe von 10 000 000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird als Pauschale jeweils zur Hälfte nach der Gesamtmenge des Schadholzeinschlags und nach der Fläche des Kommunalwaldes gemäß § 27 Absatz 10 gewährt. Bei der Verteilung der Mittel ist zu berücksichtigen, dass jeder kommunalwaldbesitzenden Gemeinde ein Mindestbetrag in Höhe von 5 000 Euro für den ersten angefangenen Hektar gewährt wird. Die Mittel werden als allgemeine Deckungsmittel bereitgestellt.

(8) Die Euro-Beträge je Einwohnerin und Einwohner, je tausend Quadratmeter maßgeblicher Gebietsfläche und je Einwohnerin und Einwohner über 65 Jahre werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium ermittelt und festgesetzt.

§ 17

Schul- und Bildungspauschale

(1) Zur Unterstützung kommunaler Aufgabenerfüllung im Schulbereich sowie kommunaler Investitionsmaßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt ein Betrag von 816 151 800 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel können für den Neu-, Um- und Erweiterungsbau, den Erwerb, die Modernisierung und für raumbildende Ausbauten sowie für die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und kommunalen Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden. Mit den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale können darüber hinaus Instandsetzungen von Schulgebäuden sowie Mieten und Leasingraten für Schulen finanziert werden.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt auf der Basis der Beschultenzahl gemäß § 27 Absatz 5 für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die Regelungen in § 8 Absatz 4 Satz 3 bis 5 finden entsprechend Anwendung.

(3) Bei der Verteilung der Mittel nach Absatz 2 ist zu berücksichtigen, dass jeder Gemeinde, die Schulträgerin ist, ein Mindestbetrag von 300 000 Euro, jedem Kreis, der Schulträger ist, ein Mindestbetrag von 510 000 Euro und jedem Landschaftsverband als Schulträger ein Mindestbetrag von 1 700 000 Euro gewährt wird.

§ 18

Sportpauschale

(1) Zur Unterstützung kommunaler Aufgabenerfüllung im Sportbereich wird den Gemeinden insgesamt ein Betrag von 69 864 900 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind von den Gemeinden für den Neu-, Um- und Erweiterungsbau, den Erwerb sowie für die Neuanlagen, Wiederaufbauten, Modernisierung, raumbildende Ausbauten und für die Einrichtung und Ausstattung von Sportstätten einzusetzen. Mit den Mitteln der Sportpauschale können darüber hinaus Instandsetzungen von Sportstätten sowie Mieten und Leasingraten für Sportstätten finanziert werden.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt nach der Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1.

(3) Bei der Verteilung der Mittel nach Absatz 2 ist zu berücksichtigen, dass jeder Gemeinde ein Mindestbetrag von 60 000 Euro gewährt wird.

§ 19

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer Belastungssituationen

(1) Zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer finanzieller Belastungssituationen, die im Rahmen des Schlüsselzuweisungssystems keine oder nur unzureichende Berücksichtigung finden, werden insgesamt 44 826 900 Euro zur Verfügung gestellt.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 sind bestimmt für

1. pauschale Zuweisungen an Gemeinden, die durch ihre Funktion als anerkannter Kurort außergewöhnliche Belastungen tragen, (Kurortehilfe) in Höhe von 12 069 000 Euro,
2. pauschale Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich außergewöhnlicher Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren (Abwassergebührenhilfe) in Höhe von 10 635 000 Euro,
3. pauschale Zuweisungen an die Landschaftsverbände zur Milderung von Belastungen, die durch die landschaftliche Kulturpflege nach § 5 Absatz 1 Buchstabe b der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490) geändert worden ist, entstehen, in Höhe von 17 924 500 Euro und
4. Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Milderung von Härten, die sich aus der Durchführung des Finanzausgleichs ergeben, oder zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer finanzieller Belastungssituationen in Höhe von 4 198 400 Euro.

(3) Die Gemeinden nach Absatz 2 Nummer 1 erhalten einen auf Grund ihrer Anerkennung gewichteten Sockelbetrag in Höhe von 50 000 Euro. Gemeinden mit einer Anerkennung als

1. Luftkurort erhalten einen einfachen,
2. Heilklimatischer Kurort oder als Kneipp-Kurort erhalten einen zweifachen,
3. Heilbad oder als Kneipp-Heilbad erhalten einen vierfachen oder
4. Staatsbad erhalten einen achtfachen

Sockelbetrag. Maßgeblich ist der Status der Anerkennung zum Stichtag 31. Dezember 2023. Gemeinden, bei denen der Anteil der Übernachtungszahlen gemäß § 27 Absatz 11 an der maßgeblichen Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1 den durchschnittlichen Anteil aller empfangsberechtigten Gemeinden übersteigt, erhalten einen Aufstockungsbetrag. Zur Ermittlung des Aufstockungsbetrags wird die über dem durchschnittlichen Anteil liegende Zahl an Übernachtungen mit einem einheitlichen Grundbetrag multipliziert.

(4) Die Abwassergebührenhilfe nach Absatz 2 Nummer 2 wird Gemeinden nach entsprechender Datenmeldung gewährt, wenn die Summe der Differenzen zwischen

1. dem Gebührenaufkommen inklusive Grundgebühr je Kubikmeter Schmutzwasser oder
2. dem Gebührensatz für Schmutzwasser

sowie dem Gebührensatz für Niederschlagswasser zum jeweils maßgeblichen Gebührensatz gemäß § 27 Absatz 12 positiv ist. Die Höhe der pauschalen Zuweisung bestimmt sich aus der Multiplikation der positiven Differenz für Schmutzwasser mit dem gemeindlichen Frischwasservolumen, der positiven Differenz für Niederschlagswasser mit der Abflussfläche und einem jährlich zu ermittelnden Prozentsatz. Dieser Prozentsatz ergibt sich aus dem Verhältnis der zu verteilenden Gesamtsumme der Abwassergebührenhilfe zu der Summe der Berechnungsgrundlagen aller empfangsberechtigten Gemeinden. Bei den für die Berechnung im Antrag geltend zu machenden Kosten bleiben die Zuweisungen außer Betracht.

(5) Vom Betrag nach Absatz 2 Nummer 3 werden 9 962 250 Euro dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und 7 962 250 Euro dem Landschaftsverband Rheinland zugewiesen. Die erhöhte Zuweisung an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe erfolgt mit Rücksicht auf dessen Verpflichtung aus § 5 Absatz 3 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

(6) Die Mittel nach Absatz 2 Nummer 4 können auch für Zuweisungen an Kommunen eingesetzt werden, mit denen Maßnahmen der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, der interkommunalen Zusammenarbeit oder der Einführung und Verbreitung neuer Techniken bei der Durchführung kommunaler Aufgaben unterstützt werden.

Teil 3 Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes

§ 20 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Anteil von 26 Prozent des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zusteht. Der auf die Gemeinden zu verteilende Betrag wird vorläufig auf 1 032 000 000 Euro festgesetzt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird der den Gemeinden zustehende Anteilsbetrag auf der Grundlage der vorläufigen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzkraftausgleichs unter den Ländern abschließend ermittelt (Abrechnungsbetrag) und festgesetzt.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage festgesetzt ist.

(3) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 Satz 2 wird mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen beziehungsweise Vorauszahlung auf die Schlussabrechnung ausgezahlt. Der Abrechnungsbetrag nach Absatz 1 Satz 3 wird nach Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen mit der nächstmöglichen Abschlagszahlung ausgeglichen.

(4) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das für Finanzen und das für Kommunales zuständige Ministerium.

§ 21 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 ein Anteil von 26 Prozent des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zum Ausgleich der ertragsteuerlichen Mindereinnahmen zusteht. Der auf die Gemeinden zu verteilende Betrag wird auf 17 830 000 Euro festgesetzt.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage festgesetzt ist.

(3) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen ausgezahlt.

(4) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das für Finanzen und das für Kommunales zuständige Ministerium.

§ 22

Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

Die haushaltsmäßige Zuordnung, die Zweckbestimmung der Zuweisungen und die Haushaltsansätze der Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes nach § 1 Absatz 4 werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium jährlich bekanntgegeben.

Teil 4

Umlagegrundlagen, Umlagen

§ 23

Umlagegrundlagen für Schlüsselzuweisungen

Die Umlagegrundlagen zur Ermittlung der normierten Ertragskraft im Zusammenhang mit der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind

1. für die Kreise

- a) die Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden und
- b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden,

2. für die Städteregion Aachen

- a) die Steuerkraftmesszahlen der regionsangehörigen Gemeinden und
- b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der regionsangehörigen Gemeinden abzüglich
- c) der Steuerkraftmesszahl der Stadt Aachen und
- d) der zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der Stadt Aachen und

3. für die Landschaftsverbände

- a) die Steuerkraftmesszahlen der Gemeinden und
- b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und Kreise.

§ 24

Kreisumlage

(1) Die Kreisumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 1 und 2 festgesetzt. Für die Festsetzung einer ausschließlichen Belastung oder einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Teile des Kreises sowie für die Erhebung einer Sonderumlage gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Für die Festsetzung der Regionsumlage nach dem Städteregion Aachen Gesetz gilt Absatz 1.

§ 25 Landschaftsumlage

Die Landschaftsumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 3 festgesetzt.

§ 26 Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr

Für die Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr gilt § 25 entsprechend.

Teil 5 Gemeinsame Vorschriften und Verfahren

§ 27 Grundlagen für die Erhebung und die Anwendung von Daten zur Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Die zur Berechnung der Zuweisungen nach den §§ 5 bis 19 erforderlichen Daten werden den amtlichen Statistiken nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entnommen. Die Daten der amtlichen Statistiken sind für die Ermittlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund für die Zuweisungsempfänger bindend. Für diese Daten findet das Berichtigungsverfahren nach § 29 keine Anwendung.

(2) Soweit Daten von Gemeinden und Gemeindeverbänden erforderlich sind, die nicht aus amtlichen Statistiken entnommen werden können, werden diese unmittelbar bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden oder den zuständigen Stellen erhoben. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind unter Beachtung der kommunalverfassungsrechtlichen Vertretungsregelungen verpflichtet, den zuständigen obersten Landesbehörden, dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und den Aufsichtsbehörden alle zur Errechnung und Festsetzung erforderlichen Auskünfte fristgerecht und vollständig zu erteilen. Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Datenabfrage durch IT.NRW gesicherte elektronische Übermittlungsverfahren zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu nutzen. Werden die notwendigen Auskünfte nicht oder nicht rechtzeitig erteilt, können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium bestimmen, dass geschätzte Zahlen zugrunde gelegt werden oder die Berücksichtigung entsprechender Ansätze für die betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände für den Finanzausgleich unterbleibt. § 29 findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(3) Als Bevölkerungszahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die in Anlage 3 festgesetzte Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Dezember 2022. Für die Ermittlung der durchschnittlichen Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden nach § 8 Absatz 3 werden die Bevölkerungszahlen nach Anlage 3 zu den Stichtagen 31. Dezember 2020, 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2022 herangezogen.

(4) Als Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre wird die von IT.NRW fortgeschriebene, gegliederte Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Dezember 2022 herangezogen.

(5) Als Zahl der Beschulten im Sinne des § 8 Absatz 4, des § 11 Absatz 4 und des § 17 Absatz 2 gilt die in der von IT.NRW geführten Schulstatistik festgesetzte Zahl der Schülerinnen und Schüler zum Stichtag 15. Oktober 2022. Schülerinnen und Schüler, die am gebundenen oder offenen Ganztage teilnehmen, gelten als Langtagsbeschulte. Als Kurztagsbeschulte gelten die im Halbtagsbetrieb Beschulten. Der Stichtag ist auch für die Zurechnung des Anteils an der Umlage gemäß § 8 Absatz 4 Satz 3 sowie des Finanzierungsanteils gemäß § 8 Absatz 4 Satz 4 für das Haushaltsjahr 2022 maßgeblich.

(6) Als Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Sinne des § 8 Absatz 5 gilt die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Zahl zum Stichtag 31. Dezember 2022.

(7) Als Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sinne des § 8 Absatz 6 gilt die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden am Arbeitsort zum Stichtag 31. Dezember 2022.

(8) Die Referenzperiode für die Ermittlung der Steuerkraftmesszahl nach § 9 wird auf den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 festgesetzt.

(9) Als Gebietsfläche im Sinne des § 8 Absatz 7 und des § 16 Absatz 3, 6 und 8 gilt der Gebietsstand zum Stichtag 31. Dezember 2022, der im Jahresabschluss des Liegenschaftskatasters ermittelt und an IT.NRW abgegeben wurde.

(10) Bei der Berechnung der pauschalen Zuweisung nach § 16 Absatz 7 an kommunalwaldbesitzende Gemeinden wird die Fläche des Kommunalwaldes in Hektar zum Stichtag 31. Dezember 2022 sowie die Gesamtmenge des Schadholzeinschlags von Nadelholz nach Kubikmetern (Erntefestmeter ohne Rinde) aus dem Jahr 2022 zugrunde gelegt.

(11) Bei der Berechnung der Kurortehilfe nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 werden die Übernachtungszahlen aus der amtlichen Beherbergungsstatistik Nordrhein-Westfalen im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 zugrunde gelegt.

(12) Bei der Berechnung der Abwassergebührenhilfe nach § 19 Absatz 2 Nummer 2 wird der maßgebliche Gebührensatz für Schmutzwasser mit 3,91 Euro und für Niederschlagswasser mit 1,23 Euro festgesetzt. Sofern das Gebührenaufkommen inklusive Grundgebühr je Kubikmeter Schmutzwasser zugrunde gelegt wird, beträgt der maßgebliche Gebührensatz 3,94 Euro.

(13) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, Daten nach den Absätzen 1 bis 12, die der Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden oder zu unzumutbaren Härten bei der Durchführung des Finanz- und Lastenausgleichs führen.

§ 28

Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Die auf die Gemeinden und Gemeindeverbände entfallenden Zuweisungen nach den §§ 5 bis 19 werden jährlich durch das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium errechnet und festgesetzt. Diese setzen zudem die einheitlichen Grundbeträge in der Weise fest, dass die jeweils für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellten Beträge aufgebraucht werden.

(2) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, die für die jeweiligen Haushaltsjahre ermittelten Ansätze zur Festlegung des fiktiven Bedarfs nach den §§ 8, 11 und 14 und zur Festlegung der normierten Ertragskraft nach den §§ 9, 12 und 15, die der Berechnung der Schlüsselzuweisungen zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden. Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium können eine auf Dauer angelegte Beteiligung von Gemeinden und Gemeindeverbänden an interkommunalen Gewerbegebieten

berücksichtigen, wenn dies erforderlich ist, um eine den Grundsätzen eines verteilungsgerechten Finanzausgleichs entsprechende Anrechnung der Steuerkraft sicherzustellen.

(3) Die Schlüsselzuweisungen nach § 6, die Investitionspauschalen, die Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie die Klima- und Forstpauschale nach § 16, die Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie die Sportpauschale nach § 18 werden zu einem Achtel im Januar, jeweils zu einem Viertel im März, Juni und September am jeweils vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main sowie zu einem Achtel im Dezember am vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor dem 24. Dezember ausgezahlt. Orientiert an Aspekten der Liquiditätssicherung können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium Abweichungen von den in Satz 1 genannten Auszahlungsterminen festlegen.

(4) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium leisten Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW, wenn die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Investitionspauschalen, der Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie der Klima- und Forstpauschale nach § 16, der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie der Sportpauschale nach § 18 für das Jahr 2024 nicht vor dem nächstmöglichen Auszahlungstermin gemäß Absatz 3 erfolgt ist. In besonderen Fällen können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium die Höhe der Abschlagszahlung für einzelne Gemeinden gesondert festsetzen. Die Abschlagszahlungen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der ersten ordentlichen Zahlung nach der Festsetzung auf Grund dieses Gesetzes verrechnet.

(5) Die Auszahlungstermine der Mittel für Zuweisungen nach § 19 werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium festgesetzt.

(6) Leistungen nach diesem Gesetz an die Gemeinden und Kreise werden durch Bescheide der Bezirksregierungen festgesetzt. Leistungen nach diesem Gesetz an die Landschaftsverbände werden durch Bescheide von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium festgesetzt. Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium können bestimmen, dass die Bescheide an die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände unmittelbar durch IT.NRW als elektronische Verwaltungsakte gemäß § 3a Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1999 (GV. NRW. S. 602), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. April 2023 (GV. NRW. S. 230) geändert worden ist, zuzuleiten sind. Als sicherer Übermittlungsweg für die elektronische Kommunikation wird das besondere elektronische Behördenpostfach verwendet.

(7) Nach näherer Bestimmung des für Kommunales und des für Finanzen zuständigen Ministeriums können im Haushaltsjahr 2025 für Schlüsselzuweisungen nach § 6, für Investitionspauschalen, für die Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie für die Klima- und Forstpauschale nach § 16, für die Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie für die Sportpauschale nach § 18 Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW zu den Terminen des Absatzes 3 geleistet werden, wenn dies bereits vor Verkündung des für das Jahr 2025 geltenden Gemeindefinanzierungsgesetzes erforderlich ist. Die Abschlagszahlungen sind mit der ersten ordentlichen Zahlung nach Verkündung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Festsetzung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund zu verrechnen.

§ 29

Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Unrichtigkeiten, die nicht auf Daten aus amtlichen Statistiken zurückzuführen sind, werden bis längstens drei Jahre nach Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Klima- und Forstpauschale nach § 16, der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie der Sonderbedarfszuweisungen nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 und 2 berichtigt, wenn die Summe der zu berichtigenden Zuweisungen oder das zu berichtigende Steuer-Ist-Aufkommen gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 einer Gemeinde eines Jahres den Betrag von 15 000 Euro übersteigt.

(2) Die für Berichtigungen erforderlichen Beträge werden vorab mit den zur Verfügung gestellten Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Klima- und Forstpauschale nach § 16, den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie den Mitteln der Sonderbedarfszuweisungen nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 und 2 verrechnet.

(3) Berichtigungen nach Absatz 1 können mit allen Leistungen aus dem Steuerverbund verrechnet werden.

§ 30

Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes

(1) Die Bewirtschaftung der Mittel aus dem Steuerverbund nach den §§ 4 bis 19 regeln das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium.

(2) Die Bewirtschaftung der im Steuerverbund verbliebenen Reste bei den Zuweisungen

1. nach den §§ 21 bis 27 des Gemeindefinanzierungsgesetzes vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 42), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (GV. NRW. S. 936) geändert worden ist, im Folgenden Gemeindefinanzierungsgesetz für die Haushaltsjahre 2004/2005, regeln die jeweils fachlich zuständigen Ministerien und
2. nach § 28 des Gemeindefinanzierungsgesetzes für die Haushaltsjahre 2004/2005 regelt das fachlich zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium

§ 31

Abschlagszahlungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011

(1) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium leisten Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW, wenn die Festsetzung der Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste

1. durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs nach § 20 und
2. in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 nach § 21

für das Jahr 2024 nicht vor dem nächstmöglichen Auszahlungstermin nach § 3 der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre erfolgt ist.

(2) Die Abschlagszahlungen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der ersten ordentlichen Zahlung nach der Festsetzung auf Grund dieses Gesetzes verrechnet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Haushaltsjahr 2025, wenn dies bereits vor Verkündung des für das Jahr 2025 geltenden Gemeindefinanzierungsgesetzes erforderlich ist.

§ 32
Förderungsgrundsätze für zweckgebundene Zuweisungen nach
Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

(1) Bei allen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände stellen die zuständigen Ministerien sicher, dass bei der Bewilligung der Zuweisungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanzausgleich berücksichtigt werden.

(2) Förderprogramme bedürfen der Zustimmung des für Kommunales zuständigen Ministeriums, soweit sie Zuweisungen zu Maßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden enthalten, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zum Haushaltsausgleich nicht nachkommen. Die Förderung von Einzelmaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände bedarf in diesen Fällen der kommunalaufsichtlichen Zustimmung durch die Bezirksregierung, soweit diese Maßnahmen nicht bereits von einer Genehmigung zur Verringerung der allgemeinen Rücklage erfasst oder in einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten sind.

§ 33
Kürzungsermächtigung

Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, Zuweisungen aus dem Steuerverbund um den Betrag solcher fälligen Forderungen zu kürzen, auf die das Land nach den zurzeit geltenden Bestimmungen einen Anspruch hat.

Teil 6
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 34
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und mit dem Inkrafttreten eines neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes außer Kraft.

Anlage 1 (zu § 2 Absatz 3 GFG 2024)

| Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2024 | | | | | |
|---|-----------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-------------|
| | Zeile | Steuerverbund | Steuerverbund | Veränderung zu 2023*) | |
| | | 2023*) | 2024**) | absolut | % |
| | | Euro | Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Obligatorischer Steuerverbund | | | | | |
| Gemeinschaftsteuern | | | | | |
| * Lohnsteuer | 1 | 19 323 092 813 | 20 777 127 475 | 1 454 034 662 | 7,52 |
| * veranlagte Einkommensteuer | 2 | 6 660 474 776 | 6 280 144 983 | -380 329 793 | -5,71 |
| * Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag | 3 | 3 273 984 952 | 2 849 989 777 | -423 995 175 | -12,95 |
| * Körperschaftsteuer | 4 | 4 204 436 923 | 4 117 391 110 | -87 045 813 | -2,07 |
| * Umsatzsteuer | 5 | 23 193 389 326 | 23 921 544 412 | 728 155 086 | 3,14 |
| * Einfuhrumsatzsteuer | 6 | 7 908 198 034 | 8 214 153 439 | 305 955 405 | 3,87 |
| * Abgeltungssteuer | 7 | 812 793 520 | 600 163 202 | -212 630 318 | -26,16 |
| Fakultativer Steuerverbund | | | | | |
| * Grunderwerbssteuer (4/7 Anteil) | 8 | 2 363 567 177 | 1 671 007 361 | -692 559 816 | -29,30 |
| Summe Verbundsteuern | 9 | 67 739 937 521 | 68 431 521 758 | 691 584 237 | 1,02 |
| Bereinigung Verbundsteuern (§ 2 Abs. 2 GFG) | | | | | |
| * Länderfinanzausgleich | 10 | 294 900 000 | 537 100 000 | 242 200 000 | |
| * Familienleistungsausgleich | 11 | - 877 231 000 | -1 048 013 400 | -170 782 400 | |
| * Entlastungsausgleich Ost/ (Hartz IV) | 12 | 57 809 500 | 27 699 000 | -30 110 500 | |
| * Spielbankabgabe | 13 | - 12 942 500 | - 12 928 500 | 14 000 | |
| * Kompensation Betriebskosten KIFöG | 14 | -182 272 100 | -182 076 400 | 195 700 | |
| * Kompensation Steuervereinfachungsgesetz 2011 | 15 | - 17 890 000 | - 17 880 000 | 10 000 | |
| * Umsatzsteuerkorrektur der Bundesmittel für Asylbewerber | 16 | -102 500 000 | -192 223 500 | -89 723 500 | |
| * 1 Mrd. Euro Entlastung Kommunen Länderanteil Ust | 17 | -215 775 000 | -215 475 000 | 300 000 | |
| * Ust statt Entflechtungsmittel | 18 | -560 837 300 | -560 235 000 | 602 300 | |
| * Weiterentwicklung Qualität Kita | 19 | -429 950 000 | -269 800 400 | 160 149 600 | |
| * Pauschale an Länder für Flüchtlingszwecke | 20 | -26 975 000 | 0 | 26 975 000 | |
| * Pakt für den Rechtsstaat | 21 | 0 | -23 727 000 | -23 727 000 | |
| * Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst | 22 | - 10 800 000 | -75 500 000 | -64 700 000 | |
| * Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona" | 23 | -194 777 100 | -46 375 500 | 148 401 600 | |
| * Entlastung für die Flüchtlinge aus der Ukraine | 24 | -246 171 400 | -184 628 600 | 61 542 800 | |
| * Leistung von zusätzlichen Flüchtlingsausgaben | 25 | | -323 100 000 | -323 100 000 | |
| Verbundgrundlagen insgesamt | 26 | 65 214 525 621 | 65 844 357 458 | 629 831 837 | 0,97 |
| Verbundsatz (v.H.) | 27 | 23,00 | 23,00 | | |
| originäre Finanzausgleichsmasse (aufgerundet) | 28 | 14 999 340 900 | 15 144 202 300 | 144 861 400 | 0,97 |
| Rückführung der Corona-Kreditierung | | | | | |
| Vorwegabzug, Voraberrhöhung (§ 3 GFG) | | | | | |
| * Tantiemen | 30 | - 11 716 000 | - 9 071 000 | 2 645 000 | |
| * Bundesentlastung Länderanteil Ust für Kommunen ab 2018 | 31 | 215 400 000 | 215 000 000 | - 400 000 | |
| verteilbare Finanzausgleichsmasse | 32 | 15 203 024 900 | 15 320 295 300 | 117 270 400 | 0,77 |

*) Ist 10/21-09/22

**) Ist 10/22 - 09/23

Anlage 2 (zu § 8 Absatz 3 GFG 2024)

Hauptansatzstaffel

| Nr. | gebildete Hauptansatzstaffel (in Prozent) | Staffelklassen Bevölkerung im GFG 2024 |
|-----|---|--|
| 1 | 100,0 | 21 000 |
| 2 | 103,0 | 51 000 |
| 3 | 106,0 | 80 500 |
| 4 | 109,0 | 110 500 |
| 5 | 112,0 | 140 500 |
| 6 | 115,0 | 170 000 |
| 7 | 118,0 | 200 000 |
| 8 | 121,0 | 230 000 |
| 9 | 124,0 | 259 500 |
| 10 | 127,0 | 289 500 |
| 11 | 130,0 | 319 000 |
| 12 | 133,0 | 349 000 |
| 13 | 136,0 | 379 000 |
| 14 | 139,0 | 408 500 |
| 15 | 142,0 | 438 500 |
| 16 | 145,0 | 468 500 |
| 17 | 148,0 | 498 000 |
| 18 | 151,0 | 528 000 |
| 19 | 154,0 | 558 000 |
| 20 | 157,0 | 587 500 |
| 21 | 160,0 | 617 500 |
| 22 | 163,0 | 647 500 |

Für Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 647 500 beträgt der Ansatz 166,0 Prozent.

Anlage 3 (zu § 27 Absatz 3 Satz 1 GFG 2024)

Bevölkerungszahlen in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen

| Gebietskörperschaft | Bevölkerungszahl zum | | |
|-----------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | 31. Dezember 2022 | 31. Dezember 2021 | 31. Dezember 2020 |
| Aachen, krfr. Stadt | 252 136 | 249 070 | 248 878 |
| Ahaus, Stadt | 40 245 | 39 658 | 39 404 |
| Ahlen, Stadt | 53 348 | 52 627 | 52 635 |
| Aldenhoven | 14 081 | 13 893 | 13 787 |
| Alfter | 23 904 | 23 521 | 23 467 |
| Alpen | 12 649 | 12 528 | 12 502 |
| Alsdorf, Stadt (ab 21.10.2009) | 48 328 | 47 678 | 47 330 |
| Altena, Stadt | 16 430 | 16 389 | 16 527 |
| Altenbeken | 9 212 | 9 097 | 9 105 |
| Altenberge | 10 415 | 10 371 | 10 406 |
| Anröchte | 10 359 | 10 203 | 10 225 |
| Arnsberg, Stadt | 74 323 | 73 423 | 73 487 |
| Ascheberg | 15 822 | 15 602 | 15 580 |
| Attendorn, Stadt | 24 448 | 24 207 | 24 330 |
| Augustdorf | 10 365 | 10 317 | 10 147 |
| Bad Berleburg, Stadt | 18 923 | 18 709 | 18 847 |
| Bad Driburg, Stadt | 19 390 | 18 985 | 18 902 |
| Bad Honnef, Stadt | 26 061 | 25 738 | 25 759 |
| Bad Laasphe, Stadt | 13 467 | 13 337 | 13 412 |
| Bad Lippspringe, Stadt | 16 808 | 16 424 | 16 408 |
| Bad Münstereifel, Stadt | 17 282 | 17 152 | 17 387 |
| Bad Oeynhausen, Stadt | 49 477 | 48 803 | 48 535 |
| Bad Salzuflen, Stadt | 54 808 | 54 074 | 54 166 |
| Bad Sassendorf | 12 451 | 12 294 | 12 052 |
| Bad Wünnenberg, Stadt | 12 341 | 12 202 | 12 206 |
| Baesweiler, Stadt (ab 21.10.2009) | 27 620 | 27 351 | 27 319 |
| Balve, Stadt | 11 143 | 11 092 | 11 217 |
| Barntrup, Stadt | 8 611 | 8 502 | 8 501 |
| Beckum, Stadt | 37 333 | 36 737 | 36 637 |
| Bedburg, Stadt | 24 302 | 23 867 | 23 743 |
| Bedburg-Hau | 13 341 | 13 033 | 12 973 |
| Beelen | 6 247 | 6 159 | 6 115 |
| Bergheim, Stadt | 62 376 | 61 807 | 61 749 |
| Bergisch Gladbach, Stadt | 112 712 | 111 645 | 111 636 |
| Bergkamen, Stadt | 49 263 | 48 669 | 48 919 |

| | | | |
|--------------------------|---------|---------|---------|
| Bergneustadt, Stadt | 18 633 | 18 416 | 18 502 |
| Bestwig | 10 695 | 10 556 | 10 525 |
| Beverungen, Stadt | 13 238 | 13 083 | 13 064 |
| Bielefeld, krfr. Stadt | 338 332 | 334 002 | 333 509 |
| Billerbeck, Stadt | 11 681 | 11 525 | 11 538 |
| Blankenheim | 8 433 | 8 337 | 8 268 |
| Blomberg, Stadt | 15 407 | 15 095 | 15 093 |
| Bocholt, Stadt | 71 930 | 71 074 | 71 061 |
| Bochum, krfr. Stadt | 365 742 | 363 441 | 364 454 |
| Bönen | 18 438 | 18 169 | 18 126 |
| Bonn, krfr. Stadt | 336 465 | 331 885 | 330 579 |
| Borchen | 13 685 | 13 533 | 13 475 |
| Borgentreich, Stadt | 8 761 | 8 638 | 8 501 |
| Borgholzhausen, Stadt | 9 253 | 9 001 | 8 964 |
| Borken, Stadt | 43 489 | 42 974 | 42 650 |
| Bornheim, Stadt | 49 025 | 48 435 | 48 348 |
| Bottrop, krfr. Stadt | 118 113 | 117 311 | 117 388 |
| Brakel, Stadt | 16 372 | 16 195 | 16 125 |
| Breckerfeld, Stadt | 9 041 | 8 915 | 8 912 |
| Brilon, Stadt | 25 511 | 25 303 | 25 336 |
| Brüggen | 16 082 | 15 907 | 15 934 |
| Brühl, Stadt | 44 804 | 43 998 | 43 673 |
| Bünde, Stadt | 46 030 | 45 364 | 45 376 |
| Burbach | 15 315 | 14 924 | 14 913 |
| Büren, Stadt | 21 483 | 21 328 | 21 452 |
| Burscheid, Stadt | 18 968 | 18 681 | 18 527 |
| Castrop-Rauxel, Stadt | 73 795 | 73 078 | 73 126 |
| Coesfeld, Stadt | 37 030 | 36 382 | 36 182 |
| Dahlem | 4 400 | 4 361 | 4 301 |
| Datteln, Stadt | 35 191 | 34 876 | 34 714 |
| Delbrück, Stadt | 32 774 | 32 266 | 32 039 |
| Detmold, Stadt | 75 089 | 73 969 | 74 097 |
| Dinslaken, Stadt | 67 762 | 67 114 | 67 338 |
| Dörentrup | 7 660 | 7 630 | 7 662 |
| Dormagen, Stadt | 65 147 | 64 553 | 64 500 |
| Dorsten, Stadt | 76 720 | 74 551 | 74 515 |
| Dortmund, krfr. Stadt | 593 317 | 586 852 | 587 696 |
| Drensteinfurt, Stadt | 15 874 | 15 607 | 15 540 |
| Drolshagen, Stadt | 11 763 | 11 618 | 11 640 |
| Duisburg, krfr. Stadt | 502 211 | 495 152 | 495 885 |
| Dülmen, Stadt | 47 468 | 46 877 | 46 706 |
| Düren, Stadt | 93 207 | 91 814 | 91 272 |
| Düsseldorf, krfr. Stadt | 629 047 | 619 477 | 620 523 |
| Eitorf | 19 132 | 18 751 | 18 728 |
| Elsdorf, Stadt | 22 021 | 21 745 | 21 745 |
| Emmerich am Rhein, Stadt | 31 544 | 30 854 | 30 869 |

| | | | |
|-----------------------------------|---------|---------|---------|
| Emsdetten, Stadt | 36 354 | 35 927 | 36 068 |
| Engelskirchen | 19 584 | 19 293 | 19 297 |
| Enger, Stadt | 20 705 | 20 483 | 20 469 |
| Ennepetal, Stadt | 30 652 | 30 306 | 30 117 |
| Ennigerloh, Stadt | 19 757 | 19 639 | 19 554 |
| Ense | 12 326 | 12 197 | 12 256 |
| Erfstadt, Stadt | 49 882 | 49 667 | 50 060 |
| Erkelenz, Stadt | 44 215 | 43 492 | 43 275 |
| Erkrath, Stadt | 43 856 | 43 594 | 43 878 |
| Erndtebrück | 6 970 | 6 937 | 6 953 |
| Erwitte, Stadt | 16 333 | 16 043 | 16 117 |
| Eschweiler, Stadt (ab 21.10.2009) | 56 049 | 55 784 | 56 172 |
| Eslohe (Sauerland) | 8 920 | 8 841 | 8 787 |
| Espelkamp, Stadt | 25 174 | 24 754 | 24 676 |
| Essen, krfr. Stadt | 584 580 | 579 432 | 582 415 |
| Euskirchen, Stadt | 59 772 | 58 754 | 58 466 |
| Everswinkel | 9 733 | 9 634 | 9 613 |
| Extertal | 11 004 | 10 926 | 11 042 |
| Finnentrop | 16 851 | 16 780 | 16 854 |
| Frechen, Stadt | 52 811 | 52 155 | 51 947 |
| Freudenberg, Stadt | 17 773 | 17 677 | 17 729 |
| Fröndenberg / Ruhr, Stadt | 20 548 | 20 436 | 20 566 |
| Gangelt | 13 240 | 12 946 | 12 733 |
| Geilenkirchen, Stadt | 28 252 | 27 836 | 27 518 |
| Geldern, Stadt | 34 298 | 33 733 | 33 760 |
| Gelsenkirchen, krfr. Stadt | 263 000 | 260 126 | 259 105 |
| Gescher, Stadt | 17 361 | 17 186 | 17 246 |
| Geseke, Stadt | 21 685 | 21 411 | 21 422 |
| Gevelsberg, Stadt | 31 097 | 30 669 | 30 733 |
| Gladbeck, Stadt | 75 889 | 75 343 | 75 518 |
| Goch, Stadt | 35 270 | 34 593 | 34 531 |
| Grefrath | 14 880 | 14 734 | 14 759 |
| Greven, Stadt | 38 207 | 37 700 | 37 709 |
| Grevenbroich, Stadt | 64 596 | 63 922 | 63 941 |
| Gronau (Westf.), Stadt | 49 824 | 49 031 | 48 576 |
| Gummersbach, Stadt | 52 001 | 51 126 | 50 978 |
| Gütersloh, Stadt | 102 393 | 101 158 | 100 664 |
| Haan, Stadt | 30 542 | 30 298 | 30 263 |
| Hagen, krfr. Stadt | 189 783 | 188 713 | 188 687 |
| Halle (Westf.), Stadt | 21 970 | 21 574 | 21 448 |
| Hallenberg, Stadt | 4 537 | 4 481 | 4 490 |
| Haltern am See, Stadt | 38 117 | 37 808 | 37 845 |
| Halver, Stadt | 16 347 | 16 120 | 16 108 |
| Hamm, krfr. Stadt | 180 849 | 179 238 | 178 967 |
| Hamminkeln, Stadt | 27 248 | 26 900 | 26 962 |
| Harsewinkel, Stadt | 25 999 | 25 575 | 25 338 |

| | | | |
|--|---------|---------|---------|
| Hattingen, Stadt | 54 637 | 54 061 | 54 278 |
| Havixbeck | 12 141 | 11 940 | 11 961 |
| Heek | 8 830 | 8 628 | 8 651 |
| Heiden | 8 317 | 8 194 | 8 204 |
| Heiligenhaus, Stadt | 26 681 | 26 367 | 26 301 |
| Heimbach, Stadt | 4 365 | 4 262 | 4 312 |
| Heinsberg, Stadt | 43 476 | 42 888 | 42 476 |
| Hellenthal | 7 925 | 7 827 | 7 797 |
| Hemer, Stadt | 34 024 | 33 708 | 33 863 |
| Hennef (Sieg), Stadt | 48 002 | 47 400 | 47 544 |
| Herdecke, Stadt | 22 758 | 22 689 | 22 653 |
| Herford, Stadt | 67 459 | 66 551 | 66 495 |
| Herne, krfr. Stadt | 157 368 | 156 621 | 156 940 |
| Herscheid | 6 954 | 6 933 | 6 988 |
| Herten, Stadt | 62 473 | 61 910 | 61 860 |
| Herzebrock-Clarholz | 16 379 | 16 184 | 16 095 |
| Herzogenrath, Stadt (ab 21.10.2009) | 46 941 | 46 290 | 46 225 |
| Hiddenhausen | 19 924 | 19 790 | 19 724 |
| Hilchenbach, Stadt | 14 775 | 14 583 | 14 646 |
| Hilden, Stadt | 55 815 | 55 182 | 55 274 |
| Hille | 15 728 | 15 374 | 15 378 |
| Holzwickede | 17 298 | 17 035 | 16 964 |
| Hopsten | 7 789 | 7 704 | 7 643 |
| Horn-Bad Meinberg, Stadt | 17 290 | 17 142 | 17 245 |
| Hörstel, Stadt | 20 766 | 20 506 | 20 335 |
| Horstmar, Stadt | 7 382 | 6 849 | 6 595 |
| Hövelhof | 16 522 | 16 274 | 16 222 |
| Höxter, Stadt | 28 709 | 28 467 | 28 509 |
| Hückelhoven, Stadt | 41 301 | 40 712 | 40 425 |
| Hückeswagen, Stadt | 14 825 | 14 706 | 14 810 |
| Hüllhorst | 13 281 | 13 047 | 13 051 |
| Hünxe | 13 787 | 13 611 | 13 596 |
| Hürtgenwald | 8 929 | 8 798 | 8 675 |
| Hürth, Stadt | 60 969 | 60 034 | 59 525 |
| Ibbenbüren, Stadt | 52 421 | 51 888 | 51 526 |
| Inden | 7 507 | 7 418 | 7 480 |
| Iserlohn, Stadt | 92 540 | 91 873 | 91 815 |
| Isselburg, Stadt | 11 208 | 10 928 | 10 758 |
| Issum | 12 364 | 12 201 | 12 113 |
| Jüchen, Stadt | 23 940 | 23 611 | 23 516 |
| Jülich, Stadt | 33 158 | 32 635 | 32 336 |
| Kaarst, Stadt | 44 253 | 43 661 | 43 615 |
| Kalkar, Stadt | 14 191 | 13 953 | 13 944 |
| Kall | 11 112 | 10 987 | 11 096 |
| Kalletal | 13 401 | 13 223 | 13 385 |

| | | | |
|----------------------------|-----------|-----------|-----------|
| Kamen, Stadt | 43 058 | 42 544 | 42 875 |
| Kamp-Lintfort, Stadt | 38 665 | 37 847 | 37 635 |
| Kempen, Stadt | 34 841 | 34 562 | 34 537 |
| Kerken | 12 750 | 12 564 | 12 638 |
| Kerpen, Stadt | 67 239 | 66 294 | 65 802 |
| Kevelaer, Stadt | 28 232 | 27 891 | 27 955 |
| Kierspe, Stadt | 16 422 | 16 043 | 16 089 |
| Kirchhundem | 11 445 | 11 220 | 11 353 |
| Kirchlengern | 16 366 | 16 111 | 16 081 |
| Kleve, Stadt | 53 388 | 52 470 | 52 359 |
| Köln, krfr. Stadt | 1 084 831 | 1 073 096 | 1 083 498 |
| Königswinter, Stadt | 41 495 | 41 065 | 41 122 |
| Korschenbroich, Stadt | 34 187 | 33 786 | 33 484 |
| Kranenburg | 11 181 | 11 087 | 10 981 |
| Krefeld, krfr. Stadt | 228 426 | 227 050 | 226 844 |
| Kreuzau | 17 687 | 17 463 | 17 422 |
| Kreuztal, Stadt | 31 197 | 30 787 | 30 965 |
| Kürten | 20 128 | 19 832 | 19 716 |
| Ladbergen | 7 007 | 6 821 | 6 775 |
| Laer | 6 805 | 6 668 | 6 700 |
| Lage, Stadt | 35 423 | 34 686 | 34 885 |
| Langenberg | 8 747 | 8 695 | 8 597 |
| Langenfeld (Rhld.), Stadt | 59 783 | 59 223 | 59 112 |
| Langerwehe | 14 257 | 14 050 | 14 071 |
| Legden | 7 564 | 7 409 | 7 342 |
| Leichlingen (Rhld.), Stadt | 28 048 | 27 868 | 27 885 |
| Lemgo, Stadt | 40 594 | 40 345 | 40 456 |
| Lengerich, Stadt | 22 980 | 22 527 | 22 511 |
| Lennestadt, Stadt | 25 352 | 25 176 | 25 140 |
| Leopoldshöhe | 16 614 | 16 413 | 16 382 |
| Leverkusen, krfr. Stadt | 165 748 | 163 851 | 163 905 |
| Lichtenau, Stadt | 10 867 | 10 685 | 10 551 |
| Lienen | 8 783 | 8 715 | 8 622 |
| Lindlar | 21 665 | 21 366 | 21 430 |
| Linnich, Stadt | 13 015 | 12 835 | 12 697 |
| Lippetal | 11 966 | 11 837 | 11 949 |
| Lippstadt, Stadt | 68 890 | 68 007 | 67 793 |
| Lohmar, Stadt | 30 846 | 30 452 | 30 316 |
| Löhne, Stadt | 40 265 | 39 977 | 39 871 |
| Lotte | 14 314 | 14 109 | 14 139 |
| Lübbecke, Stadt | 26 027 | 25 674 | 25 573 |
| Lüdenscheid, Stadt | 71 865 | 71 230 | 71 911 |
| Lüdinghausen, Stadt | 25 259 | 24 847 | 24 810 |
| Lügde, Stadt | 9 364 | 9 244 | 9 235 |
| Lünen, Stadt | 86 868 | 85 721 | 85 838 |
| Marienheide | 13 710 | 13 465 | 13 443 |

| | | | |
|----------------------------------|---------|---------|---------|
| Marienmünster, Stadt | 4 970 | 4 900 | 4 903 |
| Marl, Stadt | 84 331 | 83 697 | 84 312 |
| Marsberg, Stadt | 19 736 | 19 377 | 19 488 |
| Mechernich, Stadt | 28 567 | 28 327 | 27 986 |
| Meckenheim, Stadt | 24 877 | 24 693 | 24 741 |
| Medebach, Stadt | 8 101 | 7 974 | 7 987 |
| Meerbusch, Stadt | 57 422 | 56 855 | 56 479 |
| Meinerzhagen, Stadt | 20 812 | 20 535 | 20 529 |
| Menden (Sauerland), Stadt | 52 485 | 52 096 | 52 452 |
| Merzenich | 10 302 | 10 149 | 9 968 |
| Meschede, Stadt | 30 025 | 29 608 | 29 696 |
| Metelen | 6 552 | 6 417 | 6 363 |
| Mettingen | 12 000 | 11 882 | 11 878 |
| Mettmann, Stadt | 39 134 | 38 808 | 38 749 |
| Minden, Stadt | 83 076 | 81 857 | 81 592 |
| Moers, Stadt | 105 287 | 103 725 | 103 487 |
| Möhnesee | 11 869 | 11 852 | 11 698 |
| Mönchengladbach, krfr. Stadt | 268 465 | 261 001 | 259 665 |
| Monheim am Rhein, Stadt | 43 050 | 41 913 | 41 279 |
| Monschau, Stadt (ab 21.10.2009) | 11 864 | 11 645 | 11 686 |
| Morsbach | 10 293 | 10 093 | 10 032 |
| Much | 14 758 | 14 577 | 14 491 |
| Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt | 172 404 | 170 739 | 170 921 |
| Münster, krfr. Stadt | 320 946 | 317 713 | 316 403 |
| Nachrodt-Wiblingwerde | 6 466 | 6 441 | 6 466 |
| Netphen, Stadt | 23 363 | 23 116 | 23 033 |
| Nettersheim | 7 991 | 7 801 | 7 705 |
| Nettetal, Stadt | 43 095 | 42 508 | 42 438 |
| Neuenkirchen | 14 072 | 13 865 | 13 892 |
| Neuenrade, Stadt | 11 793 | 11 663 | 11 772 |
| Neukirchen-Vluyn, Stadt | 27 956 | 27 613 | 27 532 |
| Neunkirchen | 13 000 | 12 994 | 13 075 |
| Neunkirchen-Seelscheid | 20 109 | 19 852 | 19 698 |
| Neuss, Stadt | 154 139 | 152 731 | 153 109 |
| Nideggen, Stadt | 10 419 | 10 204 | 10 155 |
| Niederkassel, Stadt | 39 281 | 38 694 | 38 512 |
| Niederkrüchten | 15 170 | 15 075 | 14 948 |
| Niederzier | 14 345 | 14 180 | 14 154 |
| Nieheim, Stadt | 6 157 | 6 068 | 6 026 |
| Nordkirchen | 10 402 | 10 166 | 10 117 |
| Nordwalde | 9 807 | 9 711 | 9 683 |
| Nörvenich | 11 064 | 10 816 | 10 667 |
| Nottuln | 19 901 | 19 672 | 19 636 |
| Nümbrecht | 17 486 | 17 165 | 17 068 |
| Oberhausen, krfr. Stadt | 210 824 | 208 752 | 209 566 |
| Ochtrup, Stadt | 20 230 | 19 893 | 19 673 |

| | | | |
|------------------------------|---------|---------|---------|
| Odenthal | 15 324 | 15 063 | 15 031 |
| Oelde, Stadt | 29 644 | 29 210 | 29 133 |
| Oer-Erkenschwick, Stadt | 31 838 | 31 395 | 31 532 |
| Oerlinghausen, Stadt | 17 238 | 17 001 | 17 065 |
| Olfen, Stadt | 13 253 | 13 040 | 13 014 |
| Olpe, Stadt | 25 015 | 24 677 | 24 593 |
| Olsberg, Stadt | 14 509 | 14 410 | 14 432 |
| Ostbevern | 11 500 | 11 229 | 11 116 |
| Overath, Stadt | 27 405 | 27 148 | 27 124 |
| Paderborn, Stadt | 154 755 | 152 531 | 151 864 |
| Petershagen, Stadt | 25 222 | 25 027 | 25 045 |
| Plettenberg, Stadt | 24 954 | 24 716 | 24 978 |
| Porta Westfalica, Stadt | 36 374 | 35 658 | 35 734 |
| Preußisch Oldendorf, Stadt | 12 531 | 12 375 | 12 236 |
| Pulheim, Stadt | 55 530 | 54 805 | 54 636 |
| Radevormwald, Stadt | 22 222 | 21 952 | 21 963 |
| Raesfeld | 11 832 | 11 574 | 11 515 |
| Rahden, Stadt | 15 773 | 15 505 | 15 404 |
| Ratingen, Stadt | 87 388 | 86 424 | 86 899 |
| Recke | 11 370 | 11 227 | 11 394 |
| Recklinghausen, Stadt | 111 734 | 110 714 | 110 705 |
| Rees, Stadt | 21 475 | 21 045 | 21 030 |
| Reichshof | 18 610 | 18 454 | 18 503 |
| Reken | 15 336 | 15 092 | 14 965 |
| Remscheid, krfr. Stadt | 112 613 | 111 770 | 111 516 |
| Rheda-Wiedenbrück, Stadt | 49 486 | 48 714 | 48 672 |
| Rhede, Stadt | 19 595 | 19 336 | 19 319 |
| Rheinbach, Stadt | 27 102 | 26 831 | 26 949 |
| Rheinberg, Stadt | 31 150 | 30 863 | 30 933 |
| Rheine, Stadt | 77 893 | 76 948 | 76 123 |
| Rheurdt | 6 566 | 6 566 | 6 545 |
| Rietberg, Stadt | 29 919 | 29 564 | 29 432 |
| Rödinghausen | 9 891 | 9 712 | 9 728 |
| Roetgen (ab 21.10.2009) | 8 727 | 8 658 | 8 650 |
| Rommerskirchen | 13 580 | 13 377 | 13 357 |
| Rosendahl | 10 840 | 10 806 | 10 810 |
| Rösrath, Stadt | 28 889 | 28 712 | 28 759 |
| Ruppichterath | 10 637 | 10 496 | 10 484 |
| Rüthen, Stadt | 10 957 | 10 753 | 10 565 |
| Saerbeck | 7 128 | 7 064 | 7 088 |
| Salzkotten, Stadt | 25 311 | 25 040 | 25 013 |
| Sankt Augustin, Stadt | 56 369 | 55 563 | 55 590 |
| Sassenberg, Stadt | 14 455 | 14 258 | 14 215 |
| Schalksmühle | 10 284 | 10 227 | 10 287 |
| Schermbek | 13 479 | 13 464 | 13 541 |
| Schieder-Schwalenberg, Stadt | 8 363 | 8 308 | 8 355 |

| | | | |
|---|---------|---------|---------|
| Schlangen | 9 357 | 9 276 | 9 254 |
| Schleiden, Stadt | 12 977 | 12 956 | 13 191 |
| Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt | 27 467 | 27 120 | 26 943 |
| Schmallenberg, Stadt | 24 878 | 24 704 | 24 806 |
| Schöppingen | 6 651 | 6 623 | 6 759 |
| Schwalmtal | 19 143 | 19 062 | 19 012 |
| Schwelm, Stadt | 28 723 | 28 501 | 28 590 |
| Schwerte, Stadt | 46 658 | 46 240 | 46 124 |
| Selfkant | 10 557 | 10 290 | 10 253 |
| Selm, Stadt | 26 163 | 25 983 | 25 802 |
| Senden | 20 895 | 20 495 | 20 358 |
| Sendenhorst, Stadt | 13 671 | 13 279 | 13 289 |
| Siegburg, Stadt | 42 049 | 41 660 | 41 669 |
| Siegen, Stadt | 102 560 | 101 516 | 101 943 |
| Simmerath (ab 21.10.2009) | 15 841 | 15 614 | 15 498 |
| Soest, Stadt | 48 607 | 47 929 | 47 206 |
| Solingen, krfr. Stadt | 160 643 | 158 957 | 159 193 |
| Sonsbeck | 8 747 | 8 689 | 8 690 |
| Spenge, Stadt | 14 416 | 14 313 | 14 419 |
| Sprockhövel, Stadt | 24 838 | 24 659 | 24 702 |
| Stadtlohn, Stadt | 20 807 | 20 458 | 20 290 |
| Steinfurt, Stadt | 35 102 | 34 645 | 34 431 |
| Steinhagen | 20 671 | 20 405 | 20 495 |
| Steinheim, Stadt | 12 612 | 12 572 | 12 617 |
| Stemwede | 13 311 | 13 140 | 13 046 |
| Stolberg (Rhld.), Stadt (ab 21.10.2009) | 56 455 | 56 103 | 56 377 |
| Straelen, Stadt | 16 365 | 16 232 | 16 248 |
| Südlohn | 9 616 | 9 461 | 9 370 |
| Sundern (Sauerland), Stadt | 27 741 | 27 511 | 27 554 |
| Swisttal | 18 653 | 18 527 | 18 763 |
| Tecklenburg, Stadt | 9 288 | 9 229 | 9 138 |
| Telgte, Stadt | 20 222 | 19 982 | 19 841 |
| Titz | 8 686 | 8 569 | 8 617 |
| Tönisvorst, Stadt | 29 319 | 29 257 | 29 249 |
| Troisdorf, Stadt | 76 251 | 75 222 | 74 994 |
| Übach-Palenberg, Stadt | 24 215 | 23 979 | 23 906 |
| Uedem | 8 513 | 8 362 | 8 305 |
| Unna, Stadt | 60 892 | 58 911 | 58 816 |
| Velbert, Stadt | 82 445 | 81 593 | 81 564 |
| Velen, Stadt | 13 304 | 13 198 | 13 112 |
| Verl, Stadt | 25 522 | 25 177 | 25 382 |
| Versmold, Stadt | 22 274 | 21 829 | 21 697 |
| Vettweiß | 9 811 | 9 685 | 9 527 |
| Viersen, Stadt | 78 208 | 77 523 | 77 376 |
| Vlotho, Stadt | 18 495 | 18 334 | 18 384 |

| | | | |
|---------------------------------|---------|---------|---------|
| Voerde (Niederrhein), Stadt | 36 196 | 35 889 | 36 047 |
| Vreden, Stadt | 23 161 | 22 758 | 22 676 |
| Wachtberg | 20 581 | 20 391 | 20 331 |
| Wachtendonk | 8 225 | 8 192 | 8 107 |
| Wadersloh | 12 863 | 12 669 | 12 556 |
| Waldbröl, Stadt | 19 949 | 19 618 | 19 599 |
| Waldfeucht | 9 164 | 8 998 | 8 912 |
| Waltrop, Stadt | 29 644 | 29 429 | 29 472 |
| Warburg, Stadt | 23 322 | 22 953 | 22 928 |
| Warendorf, Stadt | 37 616 | 37 146 | 37 173 |
| Warstein, Stadt | 24 647 | 24 325 | 24 520 |
| Wassenberg, Stadt | 19 339 | 18 952 | 18 830 |
| Weeze | 11 587 | 11 900 | 11 228 |
| Wegberg, Stadt | 28 074 | 28 213 | 28 130 |
| Weilerswist | 17 763 | 17 602 | 17 722 |
| Welper | 11 966 | 11 752 | 11 829 |
| Wenden | 19 565 | 19 442 | 19 452 |
| Werdohl, Stadt | 17 827 | 17 727 | 17 660 |
| Werl, Stadt | 31 045 | 30 736 | 30 702 |
| Wermelskirchen, Stadt | 34 739 | 34 480 | 34 597 |
| Werne, Stadt | 29 680 | 29 355 | 29 588 |
| Werther (Westf.), Stadt | 11 229 | 11 108 | 11 091 |
| Wesel, Stadt | 61 330 | 60 688 | 60 329 |
| Wesseling, Stadt | 38 192 | 37 519 | 36 731 |
| Westerkappeln | 11 485 | 11 249 | 11 234 |
| Wetter (Ruhr), Stadt | 27 550 | 27 236 | 27 269 |
| Wettringen | 8 314 | 8 261 | 8 271 |
| Wickede (Ruhr) | 12 967 | 12 959 | 12 682 |
| Wiehl, Stadt | 25 314 | 25 088 | 25 199 |
| Willebadessen, Stadt | 8 288 | 8 133 | 8 154 |
| Willich, Stadt | 50 144 | 50 133 | 50 283 |
| Wilnsdorf | 19 793 | 19 762 | 19 975 |
| Windeck | 19 203 | 18 864 | 18 869 |
| Winterberg, Stadt | 12 671 | 12 427 | 12 442 |
| Wipperfürth, Stadt | 21 112 | 20 879 | 20 875 |
| Witten, Stadt | 95 897 | 95 107 | 95 876 |
| Wülfrath, Stadt | 21 100 | 21 009 | 21 003 |
| Wuppertal, krfr. Stadt | 358 876 | 354 572 | 355 004 |
| Würselen, Stadt (ab 21.10.2009) | 38 598 | 38 480 | 38 496 |
| Xanten, Stadt | 21 582 | 21 502 | 21 521 |
| Zülpich, Stadt | 21 025 | 20 597 | 20 440 |

Düsseldorf, den 13. Dezember 2023

André Kuper
Präsident